

RAF-VERFOLGER KLAUS PFLIEGER

Im Angesicht des Terrors

Klaus Pflieger war einst selbst ein „68er“ – linksbewegt, jung, Student. Doch als Jurist in Staatsdiensten wandelte er sich zum knallharten Ankläger und Verfolger der RAF – 38 Dienstjahre im Angesicht des Terrors, über die er nun selbstkritisch Bilanz zieht.

VON DIRK WALTER

München – Klaus Pflieger, heute 69, hat früher selbst gegen den Vietnamkrieg demonstriert. 1968 war das, Pflieger war damals ein junger Jura-Student an der Uni Tübingen, einer Hochburg der radikalen Linken. Den Weg in den gewaltsamen Widerstand, in den Terrorismus gar, wollte er nicht mitgehen. Eine bewusste Entscheidung war das damals, sagt der pensionierte Stuttgarter Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, der Mitte der 1960er-Jahre Ankläger im ersten großen Auschwitz-Prozess war. So einer wie Bauer wollte Pflieger auch werden.

Er wurde es. Doch statt NS-Straftäter zu verfolgen, verschlug es Pflieger zu den „Stammheimern“ – so wurden die RAF-Gefangenen der ersten Generation genannt, die Mitte der 1970er-Jahre im 7. Stock eines monumentalen Gefängnisneubaus bei Stuttgart inhaftiert waren. Dass die RAF-Häftlinge unter unmenschlichen Haftbedingungen litten, die gar an Folter erinnerten, war eine von vielen zählbaren Legenden. Pflieger räumt damit gründlich auf: Die Privilegien der RAF-Häftlinge, die stundenlang ungehindert zusammensitzen konnten, seien unvorstellbar gewesen. Andere Gefangene hätten davon nur geträumt.

Im benachbarten Gerichtsgebäude fanden damals die Prozesse statt. Pflieger fand, wie er in der Nachbetrachtung schreibt, die „sterile Atmosphäre“ des Sitzungssaals mit seinen kahlen Wänden und wenigen Oberlichtern ebenso „schrecklich“ wie damals schon viele Kritiker. Doch es gab auch an-



Der Mord an Siemens-Vorstand Karl Heinz Beckurts 1986: Kriminalbeamte untersuchen den Tatort bei Straßlach. FOTO: DPA

dere Stimmen – im Vorwort zu Pfliegers Buch schreibt der ehemalige Bundesrichter Eberhard Foth, der in seiner Laufbahn viele RAF-Terroristen abgeurteilt hat, dass er in dem Sitzungssaal „nicht ungerne“ verhandelt habe. „Man hatte gut Platz und Übersicht, war von allen Beteiligten angenehm weit entfernt.“

Pflieger selbst wurde im Terrorjahr 1977 unmittelbarer Prozessbeteiligter: Er wechselte zur Bundesanwaltschaft nach Karlsruhe und übernahm das so genannte Croissant-Verfahren – der Anwalt der RAF-Terroristen, Klaus Croissant, hatte das „Info-System“ der Gefangenen unterstützt und Kassetten in die Haftzellen geschmuggelt. Deutschland stand damals kurz vor dem „Deutschen Herbst“ mit der Entführung und Ermordung von Hanns Martin Schleyer, mit der Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut“ und der kühnen Befreiung der Passagiere durch die GSG 9. Auch Pflieger bekam die klamme Atmosphäre dieser Zeit hautnah zu spüren. Er wurde als

gefährdet eingestuft, erhielt eine schussichere Wohnungstür und eine Dienstpistole. Das ist ihm auch heute noch unangenehm.

Es erstaunt auch im Nachhinein, wie viele die Mär von der Ermordung der drei RAF-Terroristen Baader, Ensslin und Raspe glaubten, die in ihrer Zelle in der Nacht zum 18. Oktober 1977 tatsächlich Selbstmord begingen. Dass das „Schweinesystem“ die zu Heroen verklärten Terroristen kaltblütig ermordet habe, gehört über Jahre hinweg zum Standardrepertoire der extremen Linken (dabei war Selbstmord unter dem Stichwort „suicide action“ eine kühl kalkulierte Strategie der Terrorgruppe). Übrigens waren auch viele radikale RAF-Gegner dieser Meinung: Pflieger war entsetzt, als ihm beim Sommerurlaub ein Franzose auf die Schulter klopfte, mit der Bemerkung, „das hätten wir toll gemacht, wie wir die RAF-Häftlinge liquidiert hätten“.

Die erhitzte Atmosphäre des Jahres 1977 schweißte zusammen. Pflieger berichtet



Klaus Pflieger FOTO: PRIVAT

über einen ausgesprochenen Korpsgeist unter den RAF-Staatsanwälten und Richtern. Dass man als Jurist einer Studentenverbindung angehörte (Pflieger war nicht Mitglied) und eher die Union unterstützte (Pflieger war SPD-Sympathisant), entsprach damals dem guten Ton.

Auf den damaligen Generalstaatsanwalt der Bundesanwaltschaft Kurt Rebmann – respektvoll der „GBA“ genannt – lässt er aber auch heute nichts kommen. Rebmann förderte den jungen Pflieger – und in den Folgejahren ermittelte er bei zahlreichen terroristischen Verbrechen. Er verurteilte Zeugen und RAF-Gefangene – vor allem einen: Peter-

Jürgen Boock, einer der Haupttäter bei der Schleyer-Entführung. Persönlich war Pflieger von Boock überhaupt nicht beeindruckt („viel kleiner und schwächer, als ich ihn mir vorgestellt habe“). Boock wurde von Pflieger ein ums andere Mal verhört. Der Bundesanwalt versuchte, den Namen desjenigen herauszulocken, der Schleyer mit Schüssen hinrichtete. Das gelang ihm trotz jahrelanger Bemühungen nicht – Pflieger schreibt es nicht direkt, aber er wird das zu den Fehlschlägen seiner Berufskarriere rechnen.

Erfolgreicher war er, als er Werner Lotze verurteilte, einen Terroristen, der in die DDR geflohen war und nach dem Mauerfall dort verhaftet wurde. Als Lotze Pflieger im Verhörzimmer erstmals gegenüberstand, weinte der Terrorist. Unter Tränen legte Lotze eine „echte Lebensbeichte“ ab und gestand den Mord an einem Polizisten. Obwohl sozialliberal eingestellt, war Pflieger gegenüber der RAF ein „harter Hund“ – eine RAF-Gefangene nannte ihn sogar einen „furchtbaren Juristen“. Die

Strafen, die er beantragte, waren durchaus drakonisch. Gegen fünf Angehörige einer Druckerei, die Plakate mit RAF-Propaganda druckten, wurden zum Beispiel auf seinen Antrag hin Freiheitsstrafen von bis zu zwei Jahren verhängt – wegen Werbens für eine terroristische Vereinigung.

Pflieger ermittelte auch gegen Rechtsextremismus – etwa nach den Brandanschlägen in Mölln 1992 mit drei toten Türkinnen, nach dem Brandanschlag auf die Lübeker Synagoge, zunächst aber nach dem Oktoberfestattentat 1980. Mit dem Hubschrauber flog er in den Tagen nach der Tat zur Wohnungsdurchsuchung nach Donaueschingen, wo der Täter Gundolf Köhler lebte. Kritisch beurteilte er schon damals Gerüchte um etwaige Mittäter – eine Frage, die anders als oft dargestellt die Bundesanwaltschaft schon in den ersten Tagen bewegte. „Mein Eindruck“ war, und diese Aussage gilt bis heute, dass Köhler „ganz alleine nach München gefahren ist“. Oft vermutete politische Weisungen an die Ermittler „von oben“ bestreitet Pflieger entschieden. Dass bei den vor zwei Jahren gestarteten Ermittlungen der Bundesanwaltschaft noch etwas herauskommen wird, glaubt der pensionierte Bundesanwalt nicht.

In der Rückschau attestiert Pflieger der Politik manche Überreaktionen, etwa bei den drastischen Anti-Terror-Gesetzen in den 1970er-Jahren. Was ihn aber mehr schmerzt, sind eine Reihe von nicht aufgeklärten RAF-Morden, etwa an dem MTU-Chef Ernst Zimmermann in Gauting 1985, an dem Siemens-Manager Karl Heinz Beckurts bei Straßlach 1986 oder auch an dem Vorsitzenden der Treuhandanstalt Detlev Karsten Rohwedder in Düsseldorf 1991. Die Ex-RAF-Mitglieder, heute meist über 60 Jahre alt, schweigen eisern. Pflieger nennt das die Omertà der RAF – das Schweigegelübde. Er plädiert dafür, bei bereits verurteilten Ex-RAF-Angehörigen auf Strafverfolgung zu verzichten – ein juristisch gangbarer Weg bei so genannten Mehrfachtätern. Anders, sagt Klaus Pflieger, werde man die historische Wahrheit nie erfahren.

Klaus Pflieger

Gegen den Terror. Erinnerung eines Staatsanwalts, Verrai Verlag, 19,80 Euro

AKTUELLES IN KÜRZE

SYRIEN

Sturm auf Al-Rakka

Kurdische Kämpfer haben den lange erwarteten Angriff auf die inoffizielle IS-Hauptstadt Al-Rakka in Syrien begonnen. Unterstützt von Luftangriffen der US-geführten Militärkoalition werde man Schritt für Schritt vorgehen, sagte eine Kommandeurin der kurdisch dominierten Syrischen Demokratischen Kräfte. Mitte Oktober hatten irakische Streitkräfte einen Großangriff auf die vom IS gehaltene Millionenstadt Mosul im Nordirak begonnen. Mittlerweile sind sie auf das östliche Stadtgebiet vorgedrungen. dpa

BUNDESWEHR

20 Islamisten enttarnt

Der Militärische Abschirmdienst hat mindestens 20 Islamisten in der Bundeswehr enttarnt. Zudem würden 60 Verdachtsfälle verfolgt, teilte der Militärsicherheitsdienst der „Funke Mediengruppe“ mit. In „islamistischen Kreisen“ werde der Dienst in der Bundeswehr befürwortet, um den Umgang mit Waffen zu lernen. Es bestehe die Besorgnis, „dass gewaltbereite Extremisten der Propaganda Folge leisten“. Der Bundestag berät kommende Woche über ein neues Gesetz, wonach der Militärsicherheitsdienst künftig jeden Bewerber für eine Soldatenlaufbahn durchleuchtet. dpa

Das Datum

7. November 1991 – Das russische Leningrad erhält wieder seinen früheren Namen St. Petersburg.

7. November 1968 – Beate Klarsfeld ohrfeigt Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger beim CDU-Parteitag in Berlin, nachdem sie ihn schon früher als „Nazi und Mörder“ bezeichnet hatte.

ESSEN

Brandsatz auf Café

Nach einem Brandanschlag auf ein türkisches Café in Essen sind Haftbefehle gegen zwei Tatverdächtige ergangen. Den beiden Männern im Alter von 19 und 23 Jahren werde schwere Brandstiftung und versuchter Totschlag vorgeworfen, teilten die Ermittler mit. Bei den Männern handele es sich um deutsche Staatsbürger mit kurdischen Wurzeln. Die Männer sollen am Freitagabend mindestens einen Brandsatz durch das Fenster des Ladenlokals geworfen haben. Ein Gast wurde leicht verletzt. dpa

GRÜNER OB PALMER

„Toleranz für AfD“

Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer (Grüne) hat seine Partei zu Toleranz auch für Menschen aufgerufen, die der AfD nahestehen. „Wir müssen die Toleranz, die wir früher für uns eingefordert haben, nun selber an den Tag legen“, sagte Palmer der „Welt“. Es gebe eine Minderheit im Land, die sich ausgegrenzt und zurückgelassen fühle, sagte Palmer. Es sei Aufgabe der Grünen, auf derartige Befindlichkeiten Rücksicht zu nehmen. „Da empfinde ich meine Partei als eher widerwillig.“ Palmer appellierte an seine Partei, künftig klar zwischen Rassismus und Alltagsrassismus zu unterscheiden. dpa

GRIECHENLAND

Tsipras sendet Signal an Gläubiger

Regierungschef baut Kabinett um und straft Reform-Bremser ab

Athen – Mit großer Begeisterung wurde die linke Partei Syriza einst gewählt, nun sind die Griechen mehr als erheitert: Ministerpräsident Alexis Tsipras hat in den vergangenen einhalb Jahren Reformen durchgedrückt, die man nicht einmal der konservativen Opposition zugetraut hätte. Wiederholte Rentenkürzungen, der Verkauf von Staatsfirmen und die massive Erhöhung vieler Steuern und Abgaben haben den jungen Regierungschef genau so unbeliebt gemacht wie seine Vorgänger. Nun hat Tsipras das Kabinett umgebildet – seine letzte Hoffnung, bei den nächsten Wahlen noch punkten zu können.

Gleich sieben neue Minister besetzen Schlüsselpositionen wie Innen-, Arbeits- und Energieministerium. Bei näherer Betrachtung zeigen sich die Signale, die Tsipras nach innen und außen senden will. So blieben die für die internationalen Gläubiger wichtigsten Ansprechpartner erhalten: Finanzminister Euklid



Regierungschef Alexis Tsipras bei Staatspräsident Prokopis Pavlopoulos (rechts) in Athen. FOTO: DPA

Tsakalotos, der für die Verhandlungen mit den Institutionen verantwortlich ist, sowie Außenminister Nikos Kotzias. Erklärte Reformgegner hingegen mussten gehen oder wurden in anderen Ministerien geparkt, wo sie keinen Schaden anrichten können. Dazu gehören der ehemalige Schifffahrtsminister Thodoris Dritsas, der sich gegen die Verpachtung der Häfen von Piräus und Thessaloniki an internationale Investoren gewandt hatte. Kultus-

minister Aristides Baltas musste gehen. Er hatte mit juristischen Tricks versucht, den Verkauf des alten Athen-Flughafens zu verhindern. Auch Energieminister Panos Skourletis wurde versetzt; er hatte die Privatisierung der Elektrizitätsgesellschaft und anderer Staatsfirmen torpediert. Zudem feuert er Bildungsminister Nikos Filis, der sich mit der Orthodoxen Kirche wegen Details des Religionsunterrichts angelegt hatte. ALEXIA ANGELOPOULOU

TÜRKEI

Entfremdung im Eiltempo

Journalisten verhaftet – EU sorgt sich um den Beitrittskandidaten

Istanbul – Putschversuch, Ausnahmezustand, Massenfestnahmen, Suspendierungen: Angesichts der Entwicklungen in der Türkei ging unter, dass die Regierung auch noch die Zeitzone des Landes ändern ließ. Seit Ende Oktober ticken die Uhren in Ankara wie in Moskau und Mekka – Berlin und Brüssel ist die Türkei jetzt zwei Stunden voraus. Doch nicht nur auf der Uhr ist die Distanz gewachsen.

Seit Ende Juli gilt der von Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan verhängte Ausnahmezustand, seitdem wächst die Sorge in der EU über den Beitrittskandidaten. Erdogan regiert mit unanfechtbaren Dekreten. Der Europarat, dem die Türkei angehört, warnt: „Wenn der Ausnahmezustand zu exzessiv angewandt wird, riskiert die Türkei eine Flut von Fällen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.“ Zudem befeuert Erdogan Debatten über die Todesstrafe – er argumentiert, er greife nur Forderungen aus dem Volk auf. Beden-



Demonstranten am Samstag mit dem „Cumhuriyet“-Titel.

ken über den EU-Beitrittsprozess, der bei einer Wiedereinführung der Todesstrafe beendet wäre, wischt er beiseite: „Nicht was der Westen sagt, zählt, sondern das, was mein Volk sagt.“ Ihn einen Diktator zu nennen, „geht zum einen Ohr rein und zum anderen wieder raus“. Der EU droht Erdogan wieder einmal damit, den Flüchtlingspakt vor Jahresende aufzukündigen, sollte sie der Türkei nicht endlich Visumfreiheit gewähren. Die EU fordert eine Reform

der türkischen Anti-Terror-Gesetze, weil sie befürchtet, dass sie gegen Regierungskritiker missbraucht werden. Die Verhaftungen der Journalisten der kritischen Zeitung „Cumhuriyet“ vom Samstag, die der Abgeordneten der pro-kurdischen Oppositionspartei HDP vom Tag zuvor. Inzwischen zehntausenden Fällen lautet der Vorwurf auf Terror-Unterstützung.

Der am Mittwoch erwartete EU-Fortschrittsbericht zu den Beitrittsverhandlungen wird wenig vorteilhaft ausfallen. Im Entwurf wird ein schwerwiegender Rückfall „im Bereich der Meinungsfreiheit“ moniert. Rechtsbestimmungen zum Kampf gegen Terrorismus würden „selektiv und willkürlich“ angewendet. Inzwischen mehren sich sogar die Zweifel, ob die Beitrittsverhandlungen weitergeführt werden sollten. Österreichs Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) will sie ganz beenden, CSU-Chef Horst Seehofer fordert „mindestens“ eine Unterbrechung. C. MEREY